

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Annonce:
Annahme-Büroaus
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wihelmstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei T. Streissand,
in Breslau b. Emil Kubath.

Hr. 79.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 31. Januar. Der König hat den Oberlehrer am Realgymnasium in Wiesbaden, Friedrich Spangenberg zum Direktor dieser Anstalt ernannt, den königlichen Bergrevierbeamten Bergmeister Dunker zu Koblenz, Roth zu Burbach, von Gellhorn zu Neustadt-Eberswalde, Niemann zu Wehlau und Buss zu Deutz den Charakter als Bergrecht verliehen.

Dem Gymnasial-Oberlehrer Dr. Friedrich Wilhelm Albert Müncke zu Gütersloh; und dem Oberlehrer Dr. Schreiber an der Realschule erster Ordning zu Magdeburg ist das Präsidat „Professor“ beigelegt. Auf dem katholischen Schulrechts-Seminar zu Fulda der Lehrer W. Wagner von der Strafanstalt zu Köln als ordentlicher und Musiklehrer angestellt. Der Gerichts-Professor Dr. jur. Schieß aus Breslau zum Advokaten im Departement des Appellat-Gerichts zu Frankfurt a. Main mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst ernannt worden.

Vom Landtage.

10. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 31. Januar. 11 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg, Friedenthal, die Geb. Nähe Scholz, Röger, Tiedemann, von Sybel und andere Kommissarien.

Vom Abg. Schmidt (Sagan) ist ein Antrag, betreffend die Einstellung der Erhebung von Brückenzöllen eingegangen.

Vom Finanzminister ist ein Gesetzentwurf, betreffend einige Veränderungen der gesetzlichen Vorschriften für die Erhebung der Grund-, der Klassen- und Klassefizierten Einkommensteuer eingegangen.

Auf der Tages-Ordnung steht zunächst die Berathung des Antrages des Abgeordneten v. Heermann auf Aenderung der Geschäftsvorordnung des Hauses bezüglich der Wahlprüfungen.

Abg. v. Heermann beantragt folgenden Zusatz: Die Kommission ist verpflichtet, die ihr vorgelegten Wahlprüfungen in derselben Reihenfolge zu erledigen, in welcher sie bei ihr eingegangen sind.

Der Antragsteller bemerkte zur Begründung seines Antrages, daß die Zusammenfassung der Abtheilungen, die Geschäftsvorordnung derselben, sowie der Wechsel der an den Berathungen teilnehmenden Mitglieder der Abtheilungen mancherlei Bedenken und Uebelstände für die Vorprüfung der Wahlen, wie für die Plenarberathungen des Hauses hervorgerufen haben, so daß es wünschenswerth erscheint, den Wahlprüfungen in einer anderen Weise eine fester Unterlage zu geben, durch welche nicht nur eine entsprechende gleichmäßige Theilnahme der einzelnen Parteien des Hauses an der Vorprüfung gesichert, sondern auch eine auf bestimmten und stetig festgehaltenen Grundzügen beruhende, und, fern von der etwaigen Einwirkung von Partei-Interessen, lediglich von rechtlichen Begriffen geleitete Beurtheilung der Wahlakte gefördert wird. Den Antrag des Abg. v. Manteuffel könnte er aber nicht zur Annahme empfehlen, wenn er auch aus dem richtigen Gefühl hervorgegangen sei, daß die Minorität gefürchtet werden müsse. Wenn man aber ein solches Misstrauen in die Kommission fest, wie es in diesem Antrage ausgesprochen ist, so danke er, der Redner, für diese Kommission überhaupt. (Sehr richtig! links.) Außerdem sei der Antrag auch praktisch kaum durchführbar; denn manche zweifelhafte Wahlen erfordern langwierige Erhebungen; andere können dagegen in allerkürzester Frist entschieden werden. Es wäre doch sachlich nicht begründet, eine an sich klare Wahlprüfung nur deshalb lange Zeit zurückzustellen, weil eine schwierigere Wahlprüfung noch nicht erledigt werden konnte.

Abg. v. Manteuffel hält seinen Antrag doch nicht für so ganz unpraktisch; in der letzten Legislaturperiode hätten zwei Herren 3 Jahre lang im Hause gesessen und ganz zum Schluss der letzten Session sei dann ihre Wahl für ungültig erklärt worden. Sie sind also 3 Jahre in der vernünftigen Lage gewesen, zu Unrecht hier im Hause zu sitzen. Es möchte beinahe scheinen, als ob die Wahlen der Minorität sehr schnell geprüft und entschieden würden, während die Entscheidungen über die Majoritätswahlen sich oft lange verzögern.

Abg. Dr. Lasker: Gegenüber dem vom Vorredner gegen die Majorität ausgesprochenen Vorwurf will ich zunächst erklären, daß der in Rede stehende Antrag fast wörtlich abgeschrieben ist von einem Antrage, wie ihn meine näheren Freunde (von Bernuth, Oppenheim und Klop) im Reichstage eingebracht haben, und wie er dort angenommen worden ist. Es freut mich, daß der Antragsteller hier diesen Antrag aufgenommen hat, denn dadurch wird es ermöglicht ein vollkommen unparteiisches Urtheil über die Wahlen abzugeben. Dass wir dem Antrage zustimmen werden, dürfte schon daraus geschlossen werden, daß wir ihn im Reichstage angenommen haben. Es ist aber nicht ganz richtig, daß die Majoritätswahlen nicht schnell genug geprüft worden seien. Ich erinnere mich, daß in der vorigen Legislaturperiode zwei nationalliberale Wahlen, sofort kassiert wurden, während die Kassation zweier polnischen und einer ultramontanen Wahl erst in der letzten Session erfolgte. Der Antrag des Abg. v. Manteuffel ist nicht praktisch; denn er würde die Registraturgleichheit an Stelle der sachlichen setzen. Für die Zusammenfassung der Kommission würde es sich empfehlen, dieselbe in der ersten Session jeder Legislaturperiode stärker zu machen als in den späteren Sessonen. Eine solche Wahlkommission würde eine gewisse Einheitlichkeit in die Entscheidungen bringen und jedenfalls die Feststellung von Präjudizien für das Haus ermöglichen, was bis jetzt nicht möglich war.

Abg. Bellé begrüßt den Antrag mit Freuden, weil er es ermögliche, über das heiligste Recht des Volkes, das Wahlrecht, einen obersten Gerichtshof zu schaffen; denn die jetzt entscheidenden Abtheilungen könnten bei ihrer großen Mitgliederzahl keine rein sachliche Entscheidung fällen. Der Antrag des Abg. v. Manteuffel ist dem Redner weniger sympathisch, denn das in ihm ausgeworfene Misstrauen ist doch nur aus dem bisherigen Modus zu rechtfertigen, aber doch noch kein Fehler des zu schaffenden neuen Modus.

Nach einigen Worten des Antragstellers wird der Antrag

Donnerstag, 1. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgeschaltete Seite oder deren Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

877.

in Verbindung mit dem Amendement des Abg. von Manteuffel der Geschäftsvorordnungskommission zur weiteren Berathung überwiesen.

Darauf setzt das Haus die zweite Berathung des Staatshaushaltsetats fort.

Beim Etat der indirekten Steuern richtet der Abg. Rickert an die Staatsregierung die Auffrage, ob mit der Bewilligung einer Summe für den Bau eines Steueramts zu Danzig auch die definitive Genehmigung des gewählten Platzes ausgesprochen sei. Den dankiger Kaufleuten werde durch jenen Bau eine ausgezeichnete Läufsstelle genommen und sie hätten sich deshalb bei der Regierung beschwert; er wünsche eine Auskunft über das Resultat der Verhandlungen zu erhalten.

Der Regierungskommissar erklärt, daß vor einigen Tagen die Berichte eingegangen seien, und daß die Regierung hoffe, den Beschwerden der dankiger Kaufmannschaft Abhilfe gewähren zu können.

Der Etat der indirekten Steuern wird darauf unverändert genehmigt; ebenso ohne Debatte der Etat für das Gesellschaftssamt zu Berlin.

Es folgt der Etat für den Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger.

Abg. Cremer: Die Regierung fordert in diesem Jahre für den Staatsanzeiger einen geringeren Zufluss als im vorigen, und wenn das Kuratorium auf diesem Wege weitergeht, so wird im nächsten Jahre nicht mehr ein Zufluss gefordert werden, sondern sich ein Überschuss ergeben.

Ich habe aber noch einige Ausstellungen zu machen, die ich schon im Vorjahr vorgebracht habe. Zunächst muß ich tadeln, daß der Staatsanzeiger neben den offiziellen Publikationen der Gesetze, welche ja im allgemeinen Interesse notwendig sind, noch rein buchdruckereiartige Geschäfte betreibt, denn anders kann ich nicht die Reklame für die Verlohnungslisten u. s. w. bezeichnen. Dann habe ich auch schon früher die Anomalie hergehoben, welche dadurch hervorgerufen wird, daß der Redakteur des Staatsanzeigers für den offiziellen Theil Staatsbeamter, für den anderen Theil dagegen ein Journalist wie jeder andere ist.

Vor Allem aber beklage ich darüber, daß der „Staatsanzeiger“ die Parlamentsberichte in der Weise stückweise gibt, daß sie nur die Ministerien bringt. Bei andern Blättern ist es vorgekommen, wie es z. B. dem „Württembergischen Kirchenblatt“ gegenüber geschehen ist, daß sie vom Gerichte verurteilt wurden, weil sie stenographische Berichte nur von einzelnen Rednern brachten und deshalb den gesetzlichen Schutz der „wahrheitsgetreuen“ Berichte entbehrt.

Nun muß ich mich allerdings gegen eine solche Auffassung und gegen ein solches Vorgehen entschieden aussprechen, denn es ist den meisten Blättern ganz unmöglich, die Parlamentsberichte vollständig wortgetreu nach den stenographischen Berichten zu bringen; aber wenn einmal jener Grundsatz gegen die übrigen Blätter angewendet wird, so darf den „Staatsanzeiger“ seine offizielle Stellung ebensowenig schützen, weil

sie nicht leicht und lust gleichmäßig verteilt ist. Durch einen derartigen Bericht, wie ihn der „Staatsanzeiger“ auf Kosten des Landes verbreitet, wird die öffentliche Meinung zu Gunsten der Minister bearbeitet, und eine Objektivität, welche man doch von einem offiziellen Organ, das auf Staatskosten erhalten wird, wohl verlangen kann, wird in diesen Berichten völlig unmöglich.

Reg.-Komm. Geh. Ober-Rath v. Manteuffel: Seit der

langen Reihe von Jahren, in welchen der Etat des „Staatsanzeigers“

dem Hause vorliegt, ist nach und nach eine große Erhöhung in den Zuflüssen eingetreten; während dieselben anfangs 13,000 Thaler be- trugen, sind dieselben jetzt auf 5000 Mark herabgegangen. Es wird nun jeder Sachverständige im Hause zugeben, daß es bei einem so großen Unternehmen nicht möglich ist, den bestimmten Satz festzuhalten.

Die Verwaltung des „Staatsanzeigers“ beansprucht seit

zwei Jahren schon, sich von den Zuflüssen ganz frei zu machen, aber es

ist nur der Kunst der Umstände zu danken, daß dies Jahr ein so ge- ringer Zufluss nötig war, nämlich durch die Central-Handelsregister,

welche 1873 begründet wurden, und das Markenabschlußgesetz, welches

im vergangenen Jahre durch den notwendig werdenden Abdruck

eines Registers der bis zum 1. Oktober 1875 landesüblich geschütteten

Marken eine Summe von 28,000 Mark einbrachte. Für das nächste Jahr ist bei dem Wegfall eines Theiles dieser Einnahmen

und dem billigen Abonnementspreis, der kaum 40 Prozent der Kosten

deckt, während das Übrige durch Inserationsosten aufgebracht werden

muss, es nicht möglich zu übersehen, ob ein ferner Zufluss nötig

sein wird oder nicht. Was den Buchhandel des „Staatsanzeigers“

anbetrifft, so sind die sämtlichen Nebenblätter nur amtliche Publi- cationen, wie die Verlohnungsstellen der Reichsbank, die Befan-

liste des Kriegsministeriums, die Veröffentlichungen des Reichsge-

fürschafts- und s. w., von denen allen das Bedürfnis und die

Zweckmäßigkeit der amtlichen Veröffentlichung von den verschiedensten

Seiten anerkannt worden ist. In Bezug auf die Parlamentsberichte

war es vom Jahre 1848 bis 1851 üblich, dem „Staats-Anzeiger“ die

ganzen stenographischen Berichte beizufügen, und es entstanden da-

durch Kosten bis zur Höhe von 37,000 Thalern. Zum Jahre 1854

nahmen die einzelnen Häuser und ihre stenographischen Büros

dieses Druck selbst in die Hand und eine Initiative in dieser Ange- legenheit würde also Sache des Hauses und nicht des Staats-An- zeigers sein. Es belaufen sich die Kosten für die Berichte des Reichs-

tages, Abgeordneten- und Herrenhaus auf zusammen 160,000 M.

Zeigt werden nur die Berichte der Minister durch den Staatsanzeiger

veröffentlicht, weil es sich herausgestellt hat, daß von den Zeitungen

diese Reden sehr oft irrtümlich gebracht wurden und daher häufig

Anlaß zu Reklamationen gegeben haben. In Bezug auf die Reden

der Mitglieder des Hause richtete das Kuratorium an das Präsi-

dium ein Gesuch um Zuwendung von kurzen authentischen Auszügen,

ist aber abfällig beschieden worden. Einen anderen nicht amtlichen

Bericht über diese Reden konnte jedoch der „Staatsanzeiger“ nicht

bringen, wenn er nicht zu fortwährenden Reklamationen Anlaß geben

wollte.

Abg. Windthorst (Bielefeld) spricht sich in Übereinstimmung

mit Abg. Cremer gegen das einseitige Verfahren des „Staatsan-

zeigers“ aus, nur die Ministerreden zu bringen, während er doch

durch Zuflüsse aus Staatskosten erhalten werde. Er werde für die

dritte Lesung einen Antrag in Bezug auf diese Angelegenheit einbrin- gen.

Wenn die Minister ihre Reden in den Zeitungen veröffentlicht

sehen wollen, so können sie dazu die ihnen zu Gebote stehenden offiziösen Blätter wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und die

„Post“ benutzen.

Abg. Graf Bethuß-Huc verwahrt die „Post“, welche es

sich zur Ehre redne, der Ausdruck der politischen Gesinnung seiner

Partei zu sein, dagegen, als ob sie als offiziös unter direkten Einfluß

der Regierung stehe.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich freue mich über die Er-

klärung des Vorredners, da ich allerdings bisher der Meinung war,

die „Post“ sei ein Leiborgan des Fürsten Bismarck. (Heiterkeit.) In-

Annonce:
Annahme-Büroaus

In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. T. Doebe & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Adolph Rose.

In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendenk“.

Inserate 20 Pf. die sechsgeschaltete Seite oder deren

Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die

Expedition zu senden und werden für die am fol-

genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis

5 Uhr Nachmittags angenommen.

des man kann ja auch auffällig und ohne Verabredung so völlig mit dem Fürsten Bismarck übereinstimmen, wie es die „Post“ thut. (Heiterkeit.) Die Wiedergabe der ministeriellen Reden im „Staatsan-

zeiger“ halte ich für völlig unnötig. Es wird dadurch die öffentliche Meinung geradezu getäuscht, da die Gegner der ministeriellen An-

schauungen gänzlich mit Stillschweigen übergegangen werden. Wir

haben ja die amtlichen Publikationen des Hauses selbst, die stenogra-

phischen Berichte, und wer ein Interesse daran hat, jedes Wort, das

die Minister hier gesprochen haben, kennen zu lernen, kann diese Be-

richte einsehen. Interessant wäre es übrigens, wenn wir Auskunft

darüber erlangen könnten, ob das Abonnement des „Staatsan-

zeiger“ vermehrt hat, nachdem er angefangen hat, uns auch Drat-

spüre in der auswärtigen Politik zu bringen. Ich las den „Staats-

anzeiger“ früher gar nicht. Jetzt muß ich mich allerdings, weil dann

und wann ein solcher Dratzspruch darin zu finden ist, durch den ganzen

Ort; wir haben hier zu untersuchen, ob die Regierung berechtigt ist, ihrerseits als Partei in den Wahlkampf einzutreten und mit den Mitteln des Volkes ein Organ zu unterhalten, welches sich den Menschen aufdrängt, welches unter gewissen Formen in die Häuser der Leute eindringt, dessen Abonnement gewissen Leuten geradezu zur Pflicht gemacht wird und welches mit amtlichen Organen in die Welt hinausgeht. Wenn der Minister sagt, er sei auf einem mehr unparteiischen Standpunkt als wir, so möchte ich doch wohl fragen, worauf er diese Ansicht begründet; ich habe im Gegentheil die Ansicht, daß er höchst parteiisch ist, daß er mit einer gewissen Schärfe das Ministerposteifeu fehlt und daß er von diesem Standpunkte aus seine Stellung mit Heftigkeit vertheidigt. Wir haben deshalb nichts zu verlieren, wir haben niemals ambirt, um aus unserer politischen Stellung Kapital und Zinzen zu ziehen; wir haben im Gegentheil manches Opfer gebracht, und man wird nicht den Beweis liefern können, daß wir aus persönlichen Rücksichten unsere Stellung eingenommen haben. Wir sind der Meinung, wenn das Volk uns gebrauchen will, so sind wir da, will es uns nicht so mag es uns zu Hause lassen, zugleich eine Antwort auf eine der Bemerkungen in der "Provinzial-Korrespondenz", um die es sich handelt. Nur sagt der Minister: Was ist das für eine große Sache, in drei Nummern hat sich in die Provinzialkorrespondenz mit der Fortschrittspartei beschäftigt. Ich habe mir hier die Nummern der "Provinzial-Korrespondenz" herausgelegt, welche wirklich recht gravirende Dinge enthalten und habe es da trotz einer gewissen Schonung der Blätter doch bis auf 9 gebracht, indessen ich behaupte, daß auch außerhalb dieser neun ein rother Faden durch ein halbes Jahr der "Provinzial-Korrespondenz" sich hindurchzieht, der permanent immer nur den Gedanken verfolgt, daß die Nationalliberalen sich von der Fortschrittspartei trennen und sich ganz der Regierung anschließen müßten, damit dann alles das geschehe, was dem Vaterlande wohltue, weil die Fortschrittspartei eine der allerschlimmsten und gefährlichsten Parteien sei, welche existieren. Es würde diese Auseinandersetzung selbst dann kaum einem amtlichen Regierungsorgan zustehen, wenn die Fortschrittspartei weiter nichts wäre, als eine Partei, welche sich in dem Lande ausbreite. Allein die Angriffe, welche hier geschehen, stützen sich nicht darauf, daß irgendwo im Lande eine Partei von Leuten ist, die sich Fortschrittspartei nennen, sondern sie richten sich unmittelbar gegen die parlamentarische Partei, und zwar noch während der Verhandlungen des Landtages beginnen diese Dinge, setzen sich während der Dauer des Reichstages fort und bringen es allmälig wirklich zu Stande, daß diejenigen Personen, welche in den Parlamenten als Vertreter der Fortschrittspartei sitzen, als eine Art der gefährlichsten Individuen bezeichnet werden, welche man nur aufstreben kann. Daraus wird dann den Nationalliberalen der Vorwurf gemacht, wie sie sich mit solchen Leuten verbinden könnten. Nun sagt der Minister, daß dies die "Provinzial-Korrespondenz" von ganz respektablen Organen abdrücke. Ich will hier nicht das dritte Organ, die "Magdeburger Zeitung" qualifizieren, ich möchte aber doch den Minister fragen, ob folgende Stelle, welche die "Provinzial-Korrespondenz" der "Magdeburger Zeitung" entnimmt, überhaupt noch Anspruch darauf erheben kann, eine anständige Ausehrung zu sein, und ob er überhaupt glaubt, es als anständigen Mann — ich sage gar nicht als Minister (Heiterkeit) — vertreten zu können, daß in ein Organ, welches er beeinflußt, derartige Ausehrungen aufgenommen werden. Es war in einer Zeit, wo unser Kollege, Herr Eugen Richter, sich durch eine Einladung von Magdeburg aus hatte bestimmen lassen, dort eine Rede zu halten gegen den Herrn v. Sybel, der heute am Regierungstische sitzt (Heiterkeit), und dieser Rede gegenüber sagt nun die "Magdeburger Zeitung": "Ebenso gelassen erwidern wir darauf, daß man es uns hoffentlich auch nicht verdenken wird, wenn wir denen, die den Frieden brechen und in unser Gebiet eindringen, entgegentreten und sie unsanft zurückwerfen. Sollte uns dies aber von jenen Schelmen, welche mit Brühlereien die Schwäche ihrer Stellung zu verbüßen suchen, von diesen ebenso vordringlichen und begehrlichen als durch ihre im Volke längst zum Sprichwort gewordene politische Weisheit ausgezeichneten Berliner Fortschrittmännern, verdacht werden, nun, so kann man es uns wohl aufs Wort glauben, daß dieser Umstand nur zu unserer Erheiterung und zur Erhöhung unserer Kampfesfreude beitragen würde." (Rufe rechts: Sehr gut!) Es schien mir, als wagte ein Mitglied dieses Hauses zu sagen, "Sehr gut!" Ich kann das wohl der Aufmerksamkeit des Herrn Präsidenten empfehlen.

Präsident von Bennigsen: Ich bin in der That nicht im Stande, alle diese nicht ganz deutlich hervortretenden Zwischenrufe hier zu verstehen; ich bitte daher den Redner fortzufahren.

Abg. Dr. Birchow (fortfahren): Ich glaube aus dieser Mitteilung schließen zu dürfen, daß der Herr Präsident uns dagegen schützen wird, daß eine Ausehrung, die uns als "Schelme" qualifiziert, hier im Hause mit "Sehr gut!" begleitet wird. Wenn das die Methode der Verhandlung unter Kollegen in diesem Hause werden sollte, so werden wir sehr bald auf dem Standpunkt des amerikanischen Präsentantenhauses stehen, daß jeder mit einem Knüppel bewaffnet hier erscheint. (Beifall.) Also derartige Dinge nimmt das Regierungsbüro aus einem anderen Blatte auf. Nun bestreite ich es, daß die Regierung, wenn sie mehr als eine Parteidoktrin sein will, die sittliche Berechtigung hat, derartiges zu thun, und ich erachte es für die größte Schädigung im öffentlichen Leben, wenn den Parteien jedes Verständnis der sittlichen Motive verloren geht. Ich habe wirklich geglaubt und habe in früheren Jahren Beweise davon auch aus den Reihen der Konservativen gehabt, daß die Herren uns sittliche Motive und nicht bloß Ehrgeiz und persönliche Schlechtigkeit zutrauen. Ich weiß nicht, ob das jetzt anders werden soll; jedenfalls sollte am wenigsten die Regierung mit einem solchen Beispiele vorangehen. Das eben machen wir den Regierungsbüro zum Vorwurf, daß sie die Prätrogative der Regierung benutzen, um uns Dinge zu impuliren, welche ohne diese Prätrogative vor Gericht gezogen werden würden. Möge doch die Regierung, so wie es der Graf Betschky für seine Partei tut, mit einem Organ in Privatbeziehung treten und es fehlt ja nicht an solchen Blättern, die mit Freunden der Regierung alle ihre Spalten zur Verfügung stellen. Aber, daß das auf Kosten des Landes gedruckt wird, daß wir uns als Parlamentarier gefallen lassen müssen, der h'nderten Qualifikation der dunklen Brezmänner der Provinzial-Korrespondenz unterworfen zu werden (Sehr mahr! links), und daß solche Blätter als amtliche Regierungsbüro den Leuten auf den Tisch gelegt werden, das ist in der That ein unerträglicher Zustand (lebhafte Zustimmung links). Der Minister des Innern scheint es ganz vergessen zu haben, daß die Fortschrittspartei die Regierungspolitik während einer ganzen Legislaturperiode gestiftet hat und ich glaube nicht, daß der Minister fahl hinclich der Kulturkampfspolitik mit seinem Kollegen vom Innern darin übereinstimmen wird, daß die Fortschrittspartei die nationale Entwicklung nur negire. Wir verlangen dafür keine Dankbarkeit (Heiterkeit), aber wir können verlangen, daß die Regierungspresse einige Legislaturperioden rücksichts denken kann. Wir haben keine bestimmten Bündnisse mit anderen Parteien, aber wir werden uns auch nicht an die Vorwürfe der ministeriellen Blätter lehnen, wenn wir einmal aus sachlichen Gründen mit den Herren aus dem Zentrum übereinstimmen. Wir werden das auch bei dem Minister thun, wenn das sachliche Interesse des Vaterlandes — so weit wir es verstehen können (Heiterkeit) — es erhebt. Wir können allerdings großen Staatsmännern und auch den Reichsfanzlern nicht in Voraus Vertrauensvoten geben, weil sie vielleicht etwas vorhaben, was sie nicht sagen können oder selbst noch nicht wissen (Heiterkeit). Nachdem die Regierung so konsequent Mißbrauch mit diesem Posten getrieben hat, könnten wir denselben nicht mehr bewilligen. (Beifall links).

Minister des Innern Graf v. Eulenburg: Wenn der Artikel der "Provinzial-Korrespondenz", den der Vorredner zitierte, derselbe ist, in welchem eine Stelle aus der "Magdeburger Zeitung" entnommen und in welchem der Name des Abg. Richter genannt wurde, so kann ich erklären, daß dieser eine Artikel gegen meinen Willen in die Korrespondenz aufgenommen wurde und daß ich ihn hinterher speziell reprobirt habe.

Abg. Windthorst (Meppen): Die Diskussion, die wir hier heute hören, ist sehr, sehr lehrreich. Zunächst haben die Herren von

der Fortschrittspartei es sich doch wohl zu einem guten Theile selbst zuzuschreiben, wenn sie heute von der Regierung also behandelt werden. Wer befußt des Kulturmamps so weit gegangen ist, wie die Herren vom Fortschritt, wer zu diesem Behufe so wesentliche bürgerliche Rechte preisgibt und preisgegeben hat, darf sich nicht wundern, wenn nun aus den von Ihnen selbst mit geschaffenen Zuständen heraus der Wettbewerb sich auch einmal auf sie selbst entlädt. Alles das, worüber sich die Herren heute beschweren, hat uns seit Jahren Anlaß zu den bittersten Klagen und Beschwerden gegeben, aber uns bei allen unseren Handlungen falsche und die schlechtesten Motive unterschieden, darin hat allerdings auch die Fortschrittspartei das Mögliche geleistet, freilich von Anderen noch weit übertrffen (Heiterkeit). Diese Behauptung soll nur andeuten, daß die Fortschrittspartei eigentlich Ursache hätte, dem Herrn Minister Eulenburg für sein Auftreten in der Provinzialcorrespondenz zu danken; denn der Minister hat dadurch wesentlich das Resultat gefördert, wenn nicht erreicht, die Fortschrittspartei aus den Banden zu befreien, in welchen sie aufbaut Fortschritt zu sein. (Sehr gut! im Zentrum.) Und wenn die Fortschrittspartei wirklich zurückkehren will auf ihr ursprüngliches Programm, in welchem, was den Kulturmamp betrifft, nicht Staatspolitik und Unterdrückung der Gewissensfreiheit, sondern Trennung von Staat und Kirche stand, und in welchem auch sonst allerlei wertvolle Gedanken enthalten waren, wenn sie auf dieses Programm ganz und vollständig zurücktreten will, dann wird ihr und nicht der nationalkonservativen Partei die Zukunft gehören, soweit sie überhaupt noch den Liberalen Aussichten eröffnet. (Heiterkeit.) Ja meine Herren, der Gang der Geschichte ist ein solcher und die Wahlen haben es dokumentirt, daß ein starker Zug konservativer Natur durch das Land geht. (Ruf rechts: Gott sei Dank!) Sie sagen Gott sei Dank! und ich sage es mit Ihnen (zur Rechten gewendet); aber meine Herren, konservativ sein heißt nicht ministeriell sein. (Heiterkeit links!) Wäre die Regierung diesem Zuge gefolgt, so hätte sie bereits jetzt eine vollständig organisierte konservative Partei sowohl hier im Hause als im Reichstag, aber freilich, wenn die Telegramme der Regierung bei den Wahlen im entscheidenden Augenblick gegen die Konservativen entschieden. (Widerspruch links!) Rufe im Zentrum: Kapp!, dann allerdings kann es nicht Wunder nehmen, wenn dieser konservative Zug noch nicht vollständig zum Durchbruch gekommen ist. Ich habe also die Überzeugung, daß dieser Artikel der "Provinzial-Korrespondenz", wodurch dieser Bann, in der die Fortschrittspartei bisher lag, zerissen oder ich will lieber sagen eingerissen worden ist — denn ich bin immer noch etwas besorgt, daß das Band wieder zusammenwachsen könnte (Heiterkeit), daß sie dem Lande einen großen Dienst geleistet haben. Die hier geforderten Fonds kann ich indeß aus dem einfachen Grunde nicht bewilligen, weil in einem konstitutionellen Staate ein solches Regierungsbüro, wie die "Provinzial-Korrespondenz", worin die Regierung auf Kosten des Landes die einzelnen Parteien angreifen kann, absolut keinen Platz finden darf. Wenn der Staatsanwalt nicht das Autogrammopoly hätte, so wären wir wiederholt in der Lage gewesen, die Korrespondenz vor Gericht zu ziehen, nun aber liegt die Sache so, daß die Regierung aus wohlgebrachten Hintergrund auf die Parteien einhaut und dabei natürlich vor ihrem eigenen Staatsanwalt völlig sicher ist. (Sehr wahr!) Ein solcher Zustand ist unerträglich. Die Regierung soll über den Parteien stehen und nicht die allerabschlechtesten Mittel einer Einzelpartei gegen die übrigen Parteien verwenden. Auf die letzte Schlussermunterung des Ministers erwiderne ich: meine Partei hat kein Blatt, über welches sie disponirt (Widerspruch); die Unterstützung die wir von unseren Blättern erhalten ist vollständig freiwillig, und ich kann Ihnen offen erklären, daß mancher Artikel in diesen Blättern erhebt, den ich meinen Theils sicher nicht geschrieben, ja nicht einmal für unsere Partei abgelesen haben würde. Das aber wird immer so sein, wenn man eine unabhängige Presse hat. Unsere Kraft liegt allein in der freiwilligen Mitwirkung aller unserer Mitglieder, die allerdings zuletzt in der gemeinsamen religiösen Anschauung wurzelt. Das Unwesen, daß mit diesen geheimen Fonds getrieben wird, verdient in der That den Namen der Krankheit, die der Abg. v. Schorlemers bezeichnete. Was gefordert ist, kann das nicht vertragen und das nicht macht gefund. Ein solches ungesehnes Mittel in der Hand der Regierung mit einer solchen Verwendung in unserem Jahrhundert ist geradezu entsetzlich und liefert eine blitzeislilie Illustration zu dem Rechtsstaat, den sie geschaffen haben wollen. Nun, m. h. bewilligen Sie diese geheimen Fonds für Ihren Rechtsstaat! (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Lasker: Wir werden diesen Posten ebenso bewilligen, wie wir ihn bisher bewilligt haben, weil uns mehr die Notwendigkeit des Dienstes dazu bewog, als etwa die Billigung des Gebrauchs, der von diesem Posten gemacht wurde. Ich will mit der Billigung also nicht anstrengen, daß ich die Veröffentlichungen der Provinzial-Korrespondenz als einer amtlichen Publikation angemessen vertheidige. Ich werde der emphatischen Aufforderung des Abg. Windthorst Folge geben und für diesen Posten stimmen. (Stimmen im Zentrum: Natürlich!) Ihr "Natürlich" habe ich erwartet; ich kenne die Art, wie Sie andere Parteien zu behandeln pflegen, die Empfindlichkeit über diesen Punkt hat bei mir gänzlich aufgehoben. Der Abg. Windthorst bat uns mit einem patetischen Aufrufe regalirt, der wider die Wahrheit geht. Er hat gesagt: es gibt ein zivilisiertes Land, in welchem der Regierung geheime Fonds bewilligt werden. Dadurch beweist er, daß er die Verhältnisse nicht kennt, über die er spricht. (Widerspruch im Zentrum!) Glauben Sie wirklich, daß der Abg. Windthorst mit Bewußtheit gegen die Wahrheit spricht? Ich glaube es nicht. (Heiterkeit) In England fällt es keinem Menschen ein, einen solchen Posten zu verneigern, außer in dem Falle, daß man durch eine zu demselben festgestellte Resolution die Regierung stürzen wollte. Dabei wird dann nach Mehrheit und Minderheit entschieden. Wenn aber gefragt wird, so etwas kommt in zivilisierten Ländern gar nicht vor, so ist das keine politische Diskussion mehr, sondern eine leidenschaftliche Parteidiskussion, weil keine Regierung denkt, die nicht gewisse geheime Posten braucht. In diesem Posten stecken auch die Mittel, welche die Regierung braucht, um die Kundgebungen der Presse zu kontrolliren. Wenn die Herren vom Zentrum besonders hier etwas tadeln, was in der Presse besprochen worden ist, und die Regierung sagt: wir haben keine Kenntnis davon, dann heißt es gleich, eine Regierung müsse sich Kenntnis davon verschaffen. Das halte ich auch für ganz richtig. Aber dann dürfen Sie nicht mit sittlicher Entrüstung sagen, zu solchen Dingen bewillige man in keinem zivilisierten Staate Geld; soll denn die Regierung das aus ihrer Tasche bezahlen? Wir bewilligen also diesen Posten als einen unentbehrlichen, obgleich eine Summe darin steht, die manchmal so verwendet werden ist, wie wir sie nicht verwenden sehen möchten.

Abg. v. Schorlemers-Alst: Wenn einige Theile dieses Postens so unentbehrlich sind, warum treunt man dann nicht das Notwendige von dem Schlechten? Das läge doch ganz in der Hand der Majorität und wäre besonders eine Aufgabe für den sittlichen Standpunkt des Abg. Lasker, dessen Partei freilich sich mit der Regierung vollkommen im Einklang befindet. Der Vorredner hat dem Abg. Windthorst vorgeworfen, er hätte die Unwahrheit beauptet und dann von England geplaudert, welches ihm einigermaßen unbequem zu sein schien. Würde man dann aber jemals in England einen Fonds bewilligen, in welchem die Mittel stecken, mit denen die Regierung unliebsame Parteien des Parlaments bekämpfen und anreisen könnte? (Beifall im Zentrum!) Die Mittel zur Kontrolle der Presse, welche ich für sehr notwendig halte, wollen wir gern bewilligen, aber niemals die Mittel zur Korruption derselben. Dem Hrn. Minister will ich noch bemerken, daß die Germania sich nemals solcher Ausdrücke bedient bat, wie sie sich in der "Provinzial-Korrespondenz" und in der Reptilienspreche finden. Der Vergleich passt aber sonst nicht. Wenn unsere Blätter die Regierung angreifen, so ist der Staatsanwalt und das Gericht schnell bei der Hand; das Regierungsbüro ist dagegen geschwärtzt. Dazu ist doch unter Geld nicht da, daß die Regierungsbüro uns angreifen und bekämpfen. Möge sich doch der Herr Minister einmal in den westlichen Provinzen danach erkundigen, wie es dort mit der offiziösen Presse steht und wie diese, nahezu bei den Wahlen, in standloser Weise angesehene Beamte angegriffen haben.

Abg. Braun: Dass die Nationalliberalen mit der Regierung

bei den Wahlen so sehr im Einklang gewesen wären, kann ich nicht einsehen, denn gerade die Behörden und besonders die Landräte haben gegen unsere Partei und für die konservative gewirkt. Ich habe das besonders deutlich verspürt. Der Abg. Windthorst hat dann von einem Telegramm gesprochen und seine Parteigenossen haben dabei "Kapp" gerufen. Da mein Freund Kapp nicht mehr Mitglied dieses Hauses ist, so halte ich es für nötig zu dieser Sache etwas zu bemerken. Aus einem altmärkischen Wahlkreis hat einer der dortigen Wähler beim Reichskanzler telegraphisch angefragt, ob ihm der Graf Schulenburg oder Kapp lieber sei. Darauf ging eine Antwort ohne Unterschrift ein: "Kapp". Dieses Vorziehen meines Freundes Kapp hat seinen Grund vielleicht darin, daß der Reichskanzler meinte, jene große konsolidierte konservative Partei, die Herr Windthorst mit prophetischem Blick und jubelnd in Aussicht gestellt hat, würde gegen ihn marschieren, eine Vermuthung, die jedenfalls ganz triftige Gründe hat. Wenn der Abg. Windthorst dem Grafen Schulenburg den Vorzug giebt, so wird er jedenfalls auch seine wohlwogenen Gründe haben, wie sich das ja von einem Staatsmann von solcher Bedeutung gar nicht anders erwarten läßt. (Heiterkeit) Das beweist aber nur, daß sein Geschmack mit dem des Reichskanzlers nicht identisch ist. (Heiterkeit.) Dann hat der Abg. Windthorst einen dicken Strich gezogen zwischen sich und der Presse seiner Partei. In den ultramontanen von seinem Parteigenossen Jörg redigierten "historisch-politischen Blättern" wird aber erzählt, daß der verstorbene Abg. v. Mallinckrodt ein eisriger Mitarbeiter der "Germania" gewesen sei, noch auf seinem Todtenthebe habe er einen Artikel für dieselbe geschrieben. Der Abg. Schorlemers-Alst hat nun gesagt, wir sollten doch das Notwendige und Nützliche von dem Unnützen und Schädlichen trennen. Wenn er nur gesagt hätte, wie wir das machen sollten. Dann müßten wir eben den geheimen Fonds in einem öffentlichen verhandeln. (Stimmen im Zentrum: Nein!) Nun das wollen wir abwarten (Heiterkeit), und ich würde die geheimen Fonds den Ministern Ihrer Partei auch bewilligen, weil sie ohne dieselben nicht fertig werden könnten, und ich lieber eine klerikale Regierung habe als gar keine. (Heiterkeit.) Wenn dann gesagt worden ist, daß es in England gar nicht vorkommen kann, daß ein Regierungsblatt die Gegenparteien befürworten, so muß ich antworten, daß es dort eine "Provinzial-Korrespondenz" allerding nicht gibt, aber es hat jeder Minister seine Zeitung und diese Zeitungen freien Parteipolitik und Polemik wie alle anderen Blätter. Hier hat nicht jeder Minister sein eigenes Organ, sondern alle zusammen haben nur eins; man weiß, wie der Mann heißt, der es schreibt, es geht alles in der Offenheit vor sich, und ich möchte nur wünschen, daß man sich auf die Provinzial-Korrespondenz beschränkt und das Unwesen mit offiziösen und Quasi-Offiziösen, mit Halb- und Viertels- und Dreiviertels-Offiziösen, mit Offenheitlichkeit ist gleichfalls ein Grund für mich, weshalb ich diesen Fonds bewillige.

Abg. Windthorst (Meppen): Der Abg. Lasker pflegt mich immer als einen völligen Ignoranten darzustellen; das ist für ihn ein Ariez, im Studien fortzufahren, und es wäre auch für ihn fehl nicht, wenn er dann und wann ernste Studien mache. Er lieferte dann eine einseitige Darstellung dessen, was ich gejagt habe, und widerlegt dann das, was er selbst konstruiert hat. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich ein Institut, wie die Provinzial-Korrespondenz (Abg. Lasker: Der Titel heißt „geheime Fonds“) Ich bitte mich ausreden zu lassen und dann zu widerlegen. Ich habe gesagt, daß ein Institut wie Provinzial-Korrespondenz unverträglich sei mit den richtigen Prinzipien eines konstitutionellen Staates, und daß zu einem solchen Zweck in keinem Staate geheime Fonds bewilligt würden. Ich habe ebenso wenig zu Ausgaben für geheime Agenten, die wir in der neuen Zeit wieder aufstehen sehen, und ich habe dann geschlossen: Nun, ihr Anhänger des konstitutionellen Rechtsstaates, bewilligt den geheimen Fonds zu solchen Zwecken. Daß die Bewilligung erfolgen würde, habe ich gar nicht beweisfert. Für einen Mann, der aus allen Zeitungen das Bemerkenswerte für die Minister zusammenstellt, will ich das Gehalt gern bewilligen, denn ich sehe es gern, wenn die Herren Minister nicht bloß die "Magdeburger" und "National-Zeitung" lesen. Dazu ist aber ein solcher Apparat von geheimen Fonds nicht nötig, und wenn in dem Fonds einige Groschen zu einem guten Zweck bewilligt werden, so ist damit die Bewilligung für einen schlechten Zweck noch nicht gerechtfertigt. Die Blätter, welche uns unterstützen, ihnen dies völlig selbstständig und lassen sich keineswegs von uns eine Diktive geben. Ich würde eine solche Unterstützung auch nicht wünschen, wenn sie nicht vollständig unabhängig von uns wäre. Wenn der Abg. Braun ausführt, Mallinckrodt habe für die "Germania" geschrieben, so ist mir, der ich doch seine Thätigkeit näher zu beobachten Gelegenheit hatte, als irgendemand im Hause, das völlig neu; es gehört nicht gerade zu seiner Thätigkeit, Artikel zu schreiben. Wenn er auch einen oder den anderen Artikel geschrieben haben sollte und wenn auch noch andere Männer unserer Partei das gethan haben sollten, so bleiben die Blätter deswegen doch unabhängig. Die Mittel, welche die Regierung nötig braucht, verweigern wir nie. Wenn aber damit ein solcher Missbrauch getrieben werden soll, dann kann ich nur sagen, dafür, daß die Regierung selber Partei und parteiische Regierung im allerschlimmsten Sinne wird, kann ich nicht bewilligen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Die Ausehrung des Abg. Braun, daß die Landräthe im Auftrage des Ministers des Innern für die konservative Partei eingetreten seien, ist objektiv unwahr. Der Minister hat vielmehr ein Reksipt an die Landräthe erlassen, wonach sie sich jeder Beeinflussung der Wahl enthalten sollten und an dieses Reksipt haben sie sich striktissime gehalten. Meine Fraktion, welche aus der sehr gewaltigen Gesellschaft von nur neun Mitgliedern besteht (Heiterkeit) ist nicht ministeriell und nicht antiminiestriell, für sie ist die ganze Sache vollständig gleichgültig. (Heiterkeit.) Nur habe ich bemerkt, daß die Herren, denen die im Amte befindlichen Minister gefallen, stets die geheimen Fonds bewilligen wollen, während die Geister der amtierenden Minister die Absetzung derselben befürworten. Wenn der Abg. Richter (Hagen) einmal Finanzminister werden sollte, dessen Eintritt ich nicht wünsche (Heiterkeit), dann werden auch seine politischen Freunde unter allen Umständen für diesen Posten stimmen. Meine Partei wird einstimmig oder vielmehr einstimmig (Heiterkeit) die Position bewilligen, weil sie zur Verwaltung unbedingt nothwendig ist. Die Missbräuche, welche auch nicht billige — denkt — Ausdrücke, die der Abg. Birchow aus der Provinzial-Korrespondenz (Beifall rechts) — hat auch der Abg. Minister nicht gebilligt und ihre Befürchtung läßt sich auch auf andere Weise erreichen als durch Streidung der Position. (Beifall rechts.) Die Diskussion wird geschlossen.

Verächtlich richtet Abg. Lasker an Windthorst (Meppen): Bitte, ihm die Einsicht in den unkorrigierten stenographischen Bericht seiner Rede zu verstatthen, er werde dann dem Hause nachweisen, daß Windthorst allerdings nach einigen Zwischenräumen behauptet habe, keinen zivilisierten Staate würden geheime Fonds bewilligt.

Abg. Windthorst (Meppen) ist bereit, dem Abg. Lasker Einsicht in das Stenogramm zu gestatten, da dies Recht dem Abg. Lasker aufstehe; er verwarf sich aber gegen die Insinuation, daß er innerhalb Korrekturen in seinen Reden vornehme. Dieser Vorwurf treffe auch den Aufsicht führenden Bizepräsidenten und Schriftführer.

Darauf wird die Position in namentlicher Abstimmung mit 157 Stimmen bewilligt. (Dagegen stimmen das Zentrum, die Fortschrittspartei und die Polen.) Es folgt der Etat der Staatsarchivare. Zu Titel 2 der außenordentlichen Ausgaben (zur Erwerbung des Bauplatzes für ein in Bonn und Idstein bestimmtes Staats-Archiv-Gebäude und erste Räte de Baukosten 80,000 Mark) beantragt Abg. Petri und die übrigen Abgeordneten aus dem Regierungsbüro Wiesbaden: "Diesen Posten streichen und an dessen Stelle zu setzen: für den Abbruch und W

deraufbau des sogenannten Mittelbaues (östlichen Flügels) des Staats-Archiv-Gebäudes zu Idstein 58,450 Mark."

Abg. Petri beantragt die Verweisung der Position und des Antrages an die Budgetkommisar, womit sich der Regierungskommissar v. Sybel einverstanden erklärt. Das Haus beschließt demgemäß.

Ohne Debatte werden die Etats der Generalordenskommission, des geheimen Zivilkabinetts, der Oberrechnungskammer, der Ober-Examinations-Kommission zur Prüfung für die höheren Verwaltungsdienste und des Disziplinarhofs genehmigt.

Beim Etat des Gerichtshofs zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte meist Abg. Bachem auf die allgemeine Unbeliebtheit dieses Instituts bei allen Parteien des Hauses hin und bekämpft namentlich verschiedene Urtheile dieses Gerichtshofes, wodurch auch in Eigentumsfragen der Rechtsweg ausgeschlossen worden sei, worüber auch die Verwaltungsbehörden die Entscheidung abgegeben haben. Ein Antrag auf Beseitigung des Gerichtshofes sei nicht am Platze, auch die Streichung der Position sei nicht angezeigt, vielmehr eine Erhöhung der Gehälter wegen der in den letzten Jahren erheblich vermehrten Beschäftigung wohl zu rechtfertigen. Obwohl der Gerichtshof eine dauernde Modifizierung durch die Reichsjustiz geprägt werde, habe er doch gealaukt, daß es für das Haus interessant würde, einige über die Praxis dieser Behörde zu erfahren. (Rufe links: Mein.) Sei das nicht der Fall, dann bedauere er, eine so gute Meinung von der linken Seite des Hauses aus der Provinz mitgebracht zu haben.

Die Positionen werden sämlich bewilligt.

Es folgt der Etat der Ausgaben für Zwecke der Landesvermessung.

Abg. Petri gibt dem Hause eine Erläuterung über das Abkommen, welches die preußische Regierung mit der Reichsregierung abschließen im Begriffe sei, um eine größere Zentralisierung der Arbeiten zu erreichen, wonach Preußen an das Reich für diese Zwecke einen jährlichen Pauschalbeitrag von 800,000 Mark zahlen müßt.

Abg. Schmidt (Stettin) spricht die Hoffnung aus, daß der Reichstag das Abkommen zwischen der Reichs- und der preußischen Staatsregierung genehmigen werde, was ja zu erwarten stehe, da der betreffende Antrag hier fast einstimmig angenommen worden sei. Redner fragt dann, wie weit die Küstendermessungen und die topographischen Aufnahmen vorgeschritten seien.

Generalleutnant v. Morrosovič erwiedert, daß die Ostseeküste auch für Marinezwecke vermessen sei; auch in Schleswig-Holstein, wo tabula rasa vorhanden sei, würde in diesem Jahre vermessen und damit würde in 2 Jahren die Arbeit zu Ende geführt sein. Die ganze Vermessung des Landes würde etwa in 20 Jahren beendet werden.

Abg. Sombart wünscht eine größere Beschleunigung der Arbeiten der Landestriangulation zum Zwecke der Herstellung eines guten Grundstakters und empfiehlt zu dem Zwecke die Verwendung von Zivilbeamten bei diesen Arbeiten, da die bisherigen militärischen Kräfte allein nicht mehr ausreichten. Man müsse allerdings für eine bessere Ausbildung der Zivilbeamten sorgen, welche jetzt nicht genügend sei; er wünsche deshalb die Einrichtung von Spezialkursen für dieselben in der höheren Geodäsie bei den Polytechniken.

Abg. Birchow wünscht den Pauschalbeitrag an das Reich nicht auf solange zu bewilligen, wie die Regierung es im Etat ausdrücke, nämlich so lange, als die wesentlichen Grundlagen, auf welchen die gegenwärtige Aufstellung des bezüglichen Etats beruht, unverändert bleiben, namentlich also auch eine andere Vertheilung der Generalosten nicht durch den Beitritt anderer Staaten erforderlich wird, sondern nur auf so lange als die Arbeiten im speziellen preußischen Interesse notwendig sind. Er wolle nur sein Präjudiz für eine entgegengesetzte Meinung aus seinem Schweigen ziehen lassen. (Regierungskommissar Geb.-Rath Rötger erklärt, daß das Abkommen mit dem Reiche nur nach dem Gesichtspunkte abgeschlossen werden müsse, daß eine spezielle, gleichmäßige Gegenleistung des Reichs an Preußen für seinen Pauschalbeitrag erfolge.

Abg. Graf Bethusy-Huc glaubt den Abg. Birchow in Betreff seiner Voraussetzung vollkommen beruhigen zu können, im Uebrigen schließt er sich den Vorschlägen des Abg. Sombart an.

Die Position wird bewilligt.

Ohne Debatte genehmigt das Haus noch den Etat der Lotterieverwaltung.

Hierauf verzogt sich das Haus um 4 Uhr bis Donnerstag 11 Uhr. Fortsetzung der Etatsberatung.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, den 31. Januar.

— Über die Anerkennung einer höheren Lehranstalt hat der Unterrichts-Minister unter dem 30. v. M. folgende Grundsätze aufgestellt:

„Die Anerkennung einer höheren Lehranstalt als „höhere Bürgerschule“ oder „Progymnasium“ ist ausschließlich Sache der obersten Schulaufsichtsbehörde und kann wie die eines Gymnasiums oder einer Realschule erst dann erfolgen, wenn die äußere Bestands- und innere Leistungsfähigkeit der betreffenden Schule nach Maßgabe der dafür geltenden Bestimmungen vollkommen gesichert ist. Die letztere insbesondere soll auf Grund einer eingehenden Revision und einer demnächst von dem Unterrichtsminister anzustellenden Entlassungsprüfung derjenigen Schüler nachgewiesen werden, welche nach zweijährigem Besuch der Sekunda der Aufhalt von dem Lehrerkollegium für reif erachtet werden. Bei dieser Entlassungsprüfung findet rücksichtlich der höheren Bürgerschulen das Reglement für die Abgangsprüfungen höherer Bürgerschulen und rücksichtlich der Progymnasien die Circular-Berfügung vom 12. Januar 1856 unter Bechränkung der Zielleistungen auf den Abschluß von Obersekunda analoge Anwendung. In derselben darf nicht unbeachtet bleiben, daß die erste Abgangsprüfung und das einzelne darin erworbene Zeugnis als solches nur dann Gültigkeit erlangt, wenn in der Centralinstanz die gesamten Verhandlungen und die Arbeiten der Schüler geprüft und die Reifezeugnisse anerkannt werden sind.“ u. s. w.

— Die Verwaltungsbehörden sind auf eine ältere Vorschrift des Ministers der Medizinal-ec. Angelegenheiten über die von Medizinalbeamten auszustellenden amtlichen Bezeugnisse hingewiesen worden, damit aus letzteren auch das thatssächliche und wissenschaftlich begründete Urtheil über die Krankheit, die Zulässigkeit eines Transports oder einer Haft oder die sonst gestellten Fragen zu erkennen sei. Der Minister hat nun die in Rede stehenden Pauschalen auch auf diejenigen Bezeugnisse der Medizinalbeamten abgedeckt, welche von ihnen in ihrer Eigenschaft als praktische Ärzte zum Gebrauche vor Gerichtsbehörden ausgestellt werden. Gleichzeitig hat der Justizminister die letzteren angewiesen, von allen bei ihnen eingehenden ärztlichen Attesten, gegen welche von der Gegenpartei Ausstellungen gemacht werden, oder in welchen die Gerichte beziehungsweise die Staatsanwaltschaften Unvollständigkeit oder Oberflächlichkeit wahrnehmen oder einen der sonst vorgeschriebenen Punkte vermissen, oder endlich Unrichtigkeiten vermuten, der dem Medizinalbeamten vorgesetzten Verwaltung beglaubigte Abschrift mitzuteilen.

Lokales und Provinzielles.

W. Borek, 30. Januar. Unglücksfall. Städtische Stubebrand. Beim Abend von Stämmen in der hiesigen herrschaftlichen Forst verunglückte gestern ein Arbeiter dadurch, daß ein Baum auf ihn fiel, ihm beide Beine brach und ihn am Kopfe stark beschädigte. Es ist zwar sofort ärztliche Hilfe herbeigeschafft worden, der Zustand des Verunglückten soll jedoch hoffnungslos sein. — Bei der Separation der städtischen Ländereien hier selbst ist den Besitzern von Häusern und Gärten, welche mit Landbesitz nicht verbunden waren, eine Weideabfindung, welche zum Theil mit Holz bestanden war, ungefähr mit einem Flächeninhalt von 90 Morgen überwiesen

worden. Über 30 Jahre haben die Berechtigten ausschließlich ihre Rechte darauf ausgeübt. Auf Grund eines Beschlusses der städtischen Behörden ist jedoch die Alleinausübung dieser Rechte den Haus- und Gartenbesitzern entzogen worden. Es ist nicht nur der Holzbestand verloren und der Erlös in das Kämmerer-Säckel genommen, sondern es ist auch ein Theil der Hütung urbar gemacht und die aus der Verpachtung derselben erzielten Revenuen werden gleichfalls zu den städtischen Bedürfnissen verwendet. Die Berechtigten fühlen sich in ihren Rechten verletzt und wie es heißt, sollen diejenen ihre Ansprüche gegen die Kommune geltend machen wollen. — In dem Hause Nr. 2 hier selbst entstand dieser Tage ein Stubenbrand, der leicht die schlumrten Folgen nach sich ziehen konnte, wenn er nicht entdeckt und rechtzeitig erstickt worden wäre.

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 29. Januar. Vor der 5. Kriminaldeputation des Stadtgerichts begann gestern ein großartiger Untersuchungsgespräch gegen den Bankier Karl Albert Julius Hoffmann, in welchem das Urteil voraussichtlich erst am nächsten Freitag gesprochen werden dürfte. Der Angeklagte wird beobachtet, mit ihm zum Ankauf von Aktien anvertrauten Geldern, sowie mit bei ihm hinterlegten Depots auf eigene Hand an der Börse sparsam zu haben und schließlich mit einer sehr bedeutenden Unterbilanz fallt geworden zu sein. Dergleichen Prozeß sind in letzter Zeit beim hiesigen Stadtgericht gar viele verhandelt, keiner aber hat noch einen solchen Umfang wie dieser erreicht, da die Anklage nicht weniger als 53 einzelne Unterschlagungsfälle aufzählt und 57 Zeugen zu vernehmen sind. Die Gesamtsumme der Unterschlagungen, die von dem Angeklagten übrigens bestritten werden, läßt sich vorläufig noch nicht genau fixieren.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Wien, 31. Januar. Die Einnahmen der franz.-österreich. Staatsbahn betrugen in der Woche vom 22. bis 28. Januar 461,026 fl., eingeschlossen mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Wintereinnahme von 246,512 fl.

** Wien, 31. Januar. Graf Genois verlangt jetzt, der „Presse“ aufzugeben, für sein Lotterie-Anlehen ein dreizehnjähriges Moratorium. Der Kurator will eventuell mit Rothchild und Todesco als den finanzierenden Firmen prozessieren.

** Emission österreichischer Goldrente. Nach dem „B. C.“ steht in unmittelbarer Nähe die Emission des zunächst übernommenen Betrags österreichischer Goldrente bevor. Die Subskriptionseröffnung dürfte, wenn keine Hindernisse dazwischen treten, in den ersten Tagen des Februar geschehen.

** Antwerpen, 30. Januar. Bei der heutigen Wollauktion wurden 2112 fl. zum Verkauf gestellt und 1116 fl. verkauft. Sekundäre Wollen unbedeutend mehr begegnet. Preise unverändert.

** Rotterdam, 31. Januar. Bei der heute von der niederländischen Handelsgeellschaft abgehaltenen Zinnauktion wurden 19,760 fl. Börse Bankgeld zu 43½ a 44 fl. zum Verkauf gestellt. Der Mittelpreis betrug 44 fl. Es wurde alles verkauft.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasmann in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Landsberg a. W., 31. Jan. Bei der engeren Wahl im hiesigen Wahlkreise wurde der Geheime Admirälsrath a. D. Jacobs (national-liberal) mit 920 Stimmen gewählt. Amtsrrath Dietz (deutsch-konserv.) erhielt 785 Stimmen.

Pinneberg (Holstein), 31. Januar. Im hiesigen Wahlbezirk fielen bei der engeren Wahl nach amtlicher Zählung 11,937 Stimmen auf den Prof. Beselet (altlib.); 8354 auf den Maschinenbauer Stöhr (Sozialdem.), somit ist der erstere gewählt.

Wien, 31. Januar. Der „Politischen Korrespondenz“ wird aus Alten telegraphic gemeldet, daß Sir H. Elliot und General Ignatief von dem Könige in Audienz empfangen wurden und längere Befredigungen mit den Ministern Comanduros und Kontostavlos hatten.

Der selbe Korrespondent wird aus Bukarest berichtet, daß der Rücktritt der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern demnächst bevorstehe und daß eine Auflösung des Kabinetts wahrscheinlich sei. Cogalniceanu und Epureanu dürften sodann vorerst ein Übergangsministerium bilden, bevor eine konservative Regierung sich konstituierte.

Brest, 31. Januar. Wie der „Pester Korrespondenz“ aus Wien gemeldet wird, wird heute Nachmittag die zwangsläufige Unterredung der bei dem Ausgleiche beteiligten beiderseitigen Minister mit den leitenden Persönlichkeiten der Nationalbank bei dem Finanzminister v. Pretis fortgesetzt werden. Morgen wird wahrscheinlich eine gemeinsame Ministerkonferenz stattfinden.

Rom, 30. Jan. Die amtliche Zeitung veröffentlicht ein Dekret des Königs, durch welches die am 16. Nov. 1876 mit Rumänien abgeschlossene Handelskonvention in Kraft gesetzt wird. — Ein anderes Dekret verbietet die Einfuhr aus Hamburg oder Altona stammender Wiederläufer. — Der Marquis von Salisbury wird morgen hier erwartet.

London, 31. Januar. Nach einer in der amtlichen „Gazette“ veröffentlichten Verordnung bezieht sich das Einfuhrverbot auch auf Schafe, Ziegen und Mindvieh, wenn dieselben am Bord eines von Belgien oder Deutschland kommenden Schiffes sind oder gewesen sind. — Die amtliche „Gazette“ veröffentlicht eine vom Conseil erlassene Verordnung, wonach in Folge des in Westindien und in anderen Theilen Amerikas ausgebrochenen gelben Fiebers keines der von Kuba oder aus solchen Häfen kommenden Schiffe, die zwischen dem 35. und 60. Längengrade westlich von Greenwich und zwischen dem 4. u. 40. Breitengrade südlich von Greenwich liegen, Personen an das Land setzen darf, ohne daß vorher eine Prüfung des Gesundheitszustands der Personen und die ausdrückliche Genehmigung der Behörden zum Betreten des Landes stattgefunden hat.

Petersburg, 31. Januar. In Betreff der bevorstehenden Verhandlungen zwischen der Türkei und Serbien spricht sich der „Golos“ wiederhol dorthin aus, daß Niemand in Russland die Erneuerung des Krieges mit Serbien vernünftiger Weise wünschen könne, da die Folgen eines solchen Krieges die orientalische Frage nur noch weiter verschärfen würden. Ein siegreicher Marsch der türkischen Armee nach Belgrad würde in die mit Mühe errungenen gegenseitigen Beziehungen der Mächte, welche gegenwärtig allein als die Grundlage einer nützlichen Einwirkung auf die Pforte gelten könnten, nur eine Verstärkung hineinbringen. Wenn es aber Serbien gelinge, befriedigende Friedensbedingungen zu erzielen, so würde die Aufgabe der Mächte in Betreff der Beilegung der orientalischen Schwierigkeiten bedeutend erleichtert werden. Der „Golos“ schließt mit dem Wunsche, die serbische Regierung möge durch einen ehrenhaften Frieden mit der Pforte ihren Einsatz aus dem Spiele ziehen.

Petersburg, 31. Januar. Wie der „Regierung-Anzeiger“ vom 29. Januar. Unglücksfall. Städtische Stubebrand. Beim Abend von Stämmen in der hiesigen herrschaftlichen Forst verunglückte gestern ein Arbeiter dadurch, daß ein Baum auf ihn fiel, ihm beide Beine brach und ihn am Kopfe stark beschädigte. Es ist zwar sofort ärztliche Hilfe herbeigeschafft worden, der Zustand des Verunglückten soll jedoch hoffnungslos sein. — Bei der Separation der städtischen Ländereien hier selbst ist den Besitzern von Häusern und Gärten, welche mit Landbesitz nicht verbunden waren, eine Weideabfindung, welche zum Theil mit Holz bestanden war, ungefähr mit einem Flächeninhalt von 90 Morgen überwiesen

30. c. mittheilt, ist der Prozeß wegen der am 18. Dezember 1876 vor der Kasanschen Kirche stattgehabten Demonstration im Senate eröffnet worden.

Wien, 1. Februar. Von Konstantinopel verbreitete sich die Nachricht, daß Österreich der Pforte den Rath erheilt habe, Serbien und Montenegro aufzufordern, Delegirte für die Friedensverhandlungen abzufinden. Unterstreichterseits wird dies als unbegründet bezeichnet. Die Pforte ihrerseits fragte zwar in Wien indirekt bezüglich einer eventuellen Friedensvermittlung durch Österreich an, aber Österreich lehnte das Ansuchen höflich, aber entschieden ab. Die „Presse“ erfährt, die Friedensverhandlungen zwischen der Pforte und Serbien stießen auf Schwierigkeiten. Die Pforte stellt Zusagforderungen bezüglich des status quo ante, welche aber nicht präzise formulirt seien; Serbien will nicht auf Grund eines ihm nicht völlig bekannten Programmes auf weitere Unterhandlungen eingehen und unterließ daher bisher, seinen diplomatischen Agenten Bubits für Verhandlungen formell zu beglaubigen.

Geographische Wörterbücher.

Bonds-Course

Frankfurt a. M., 31. Januar. Günstig sehr belebt.
[Schlusscourse.] Londoner Wechsel 204,22. Pariser Wechsel 81,30. Wiener Wechsel 166, 00. Böhmis. Westbahn 143. Elisabethbahn 110½. Galizier 173. Franzosen 199½. Lombarden 64½. Nordwestbahn 93½. Silberrente 56%. Papierrente 51½. Russische Bodencredit 81. Russen 1872 85½. Amerikaner 1885 102½. 1860er Jahre 100%. 1864er Jahre 253,00. Kreditaffären 123½. Österreich. Nationalbank 689, 50. Darmst. Bank 101½. Berliner Bank 70½. Frankfurter Wechselbank 50. Österreich-deutsche Bank —. Meiningen Bank 70½. Hess. Ludwigsbahn 96. Oberbessen —. Ung. Staatsloose 142, 20. Ung. Schwarz. alt 84½. do. do. neue 88. do. Ostb.-Obl. II. 57½. Centr.-Pacific 99½. Reichsbank 156½. Goldrente 61½. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 123½, Franzosen 198%, Galizier —, Reichsbank —, Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Aber 1.8. Effekten-Spiel. Kreditaktien 123½, Franzosen 198%, 1860er Jahre 253,00. Silberrente 56%, Papierrente 51½, Goldrente 61½, Galizier 172½. Reichsbank —. Nationalbank —. Ungarische Staatsloose —. Fest.

Wien, 31. Januar. Die vorliegenden politischen Nachrichten und die Haiffe in Renten belebten den ganzen Markt. Bahnen und Prioritäten gefragt und höher, türkische Loose lebhaft, Devisen und Goldstücke stark angeboten.

[Schlusscourse.] Papierrente 62, 95 Silberrente 68, 10. 1854er Jahre 107, 50. Nationalbank 833, 00. Nordbahn 1808, 00. Kreditaktien 148, 30. Franzosen 240, 25. Galizier 207, 25. Kasch.-Oderberg 86, 00. Barbubiger —. Nordwestb. 114, 00. Nordwestb. Lit. B. —. London 122, 90. Hamburg 59, 85. Paris 48, 75. Frankfurt 59, 85. Amsterdam 102, 00. Böh. Westbahn —. Kreditloose 163, 00. 1860er Jahre 112, 20. Lomb. Eisenb. 77, 25. 1861er Jahre 134, 70. Unionbank 54, 00. Anglo-Austr. 77, 80. Napoleon 9, 80. Dukaten 5, 80. Silbercoupi. 115, 90. Elisabethbahn 135, 50. Ung. Prümianen. 73, 70. Marknoten 60, 30. Türkische Loose —. Goldrente —.

Nachfrage: —. Kreditaktien 149, 00. Franzosen 241, 50. Lombarden 77, 75. Galizier 207, 75. Anglo-Austr. 78, 25. Papierrente 63, 10. Nationalbank —. Napoleon 9, 78½. Sehr fest.

Wien, 31. Januar. Offizielle Notirungen: Silberrente —, Papierrente —, Dukaten —, Marknoten —, London —, Paris —, Hamburg —, Nationalbank —, Franzosen 239, 50. Nordwestbahn —. Elisabethbahn —. 1854er Jahre 107, 75.

Wien, 31. Januar. Abendbörse. Kreditaktien 148, 30. Franzosen 239, 50. Lombarden 77, 50. Galizier 208, 00. Anglo-Austr. 78, 00. Silberrente —, Papierrente 62, 85. Goldrente 74, 65. Marknoten 60, 20. Nationalbank —, —. Napoleon 9, 78½ nach 9,76½. Schwächer, besonders Renten.

Paris, 31. Januar. Sehr fest und belebt.
[Schlusscourse.] 3½ Et. Rente 73, 60. Anleihe de 1872 108, 25. Italienische Broy. Rente 72, 80. do. Tabaksaktien —, —. do. Laufobligationen —. Franzosen 491, 25. Lombard. Eisenbahn-Act 165, 00. do. Prioritäten 232, 00. Türken de 1865 13, 40. do

Produkten-Börse.

Berlin. 31. Jan Wind: N. Barometer: 276. Thermometer + 3 R. Witterung: Regnerisch.
Weizen loko per 1000 Kilogr. M. 195—235 nach Dual. gef. per diesen Monat, Januar-Februar —, April-Mai 220,00—221,5 bez., Mai-Juni 221,5—222,5 bez., Juni-Juli 224,00 bez. — Roggen loko per 1000 Kilogr. 159—183 nach Qualität gef., russischer 160—161 ab Boden bez., neuer do. und poln. 157—165,5, neuer ml. 176—183 ab Bahn bez., def. — bez., per diesen Monat 159,5—160,5 bezahlt, vor Januar-Februar do., vor Februar-März do., vor April-Mai 161,00 bis 162,5—162,00 bez., Mai-Juni 160,5 bez., Juni-Juli 158,5—159,5 bez. — Gerste loko 1000 Kilogr. 127—180 M. nach Dual. gef. — Hafer loko 1000 Kilogr. 120—165 nach Dual. gef. ost- und west-preuß. 135—153, russischer 125—144, neuer pomm. 159—160, neuer schles. 150—160, galiz. —, böh. 150—160, ungar. 136—138 ab Bahn bez., defetter — bz., per diesen Monat, Januar-Februar, April-Mai 151,00—151,5 bez., Mai-Juni 152,00 bez., Juni-Juli. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaren 153—186 nach Qualität, Futterwaren 135—150 nach Dual. — Raps per 1000 Kilogr. — Rübsen — Leinöl loko per 100 Kilo 100 Kilo ohne Fass 61,00 M. — Rübsöl per 100 Kilogr. loko ohne Fass 73,00 bez., mit Fass per diesen Monat 74,00 bez., per Jan.-Febr. 74,00 bez., Februar-März — bez., April-Mai 73,9—74,1 bez., Mai-Juni 73,5 Gd., per Septbr.-Oktober 69,5 bez., Ottbr.-Novbr. — Petroleum (raff.) (Stand. white) 100 Kilogr. mit Fass- loko 46,00 bz., per diesen Monat 42,00 bez., per Januar-Februar 38,00 bez., per Februar-März — März-April —, April-Mai — Spiritus per 100 Liter a 100 p.Ct. = 10,000 p.Ct. loko ohne Fass 54,2—54,1 bez., per diesen Monat 54,2 nominell, per Jan-Febr. do., per Februar-März —, März-April, per April-Mai 56,2—55,9—56,3 bez., per Mai-Juni 56,4—56,5 bez., per Juni-Juli 57,4—57,5 bez., per Juli-August 58,4—

Berlin, 31. Jan. Der heutige Befahr hatte sich der festen Hal tung der auswärtigen Plätze, welche durch die gestern hier herrschende Mattigkeit nicht beeinflußt waren, sofort bei Gröfzung angegeschlossen, Kreditaktien 4 $\frac{1}{2}$. Franzosen 4, Lombarden, welche gut beachtet erschienen, 3 M höher ein; ganz besonders beliebt waren fremde Auleihen, Russen, Italiener, sämmtliche österreichische Renten und Loope, Türken und ungarische Werthe stellten sich sofort $\frac{1}{2}$ bis 1 Prozent besser und begegneten großer Nachfrage. Das Geschäft gewann auf diesen Gebieten, namentlich in der ersten Viertelstunde, einen so lebhaften Charakter, wie wir seit lange nicht beobachtet haben. Als Grund wurde zunächst eine Meldung aus Breslau angeführt, nach welcher von Russland abgerüstet werden sollte. Die fremden Plätze, namentlich Wien, unterstützten auch heute die feste Tendenz, und die Kontremine blieb

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 31. Januar 1877.
Preußische Bonds und Geld-
Course.

Course.

Frankol. Anleihe	4	104,10	bz	do. mit rückg. 110,5	105,75	bz	
do. neue 1876	4	95,90	bz	do. (1572 v. 74)	98,60	bz	
1-Anteile	4	95,50	bz	do. (1872 u. 73)	101,49	bz G	
Königl.-Schildch.	3	92,25	bz	do. (1874)	101,40	bz G	
Kur- u. Nm. Sch.	3	92,00	G	Pr. Hyp.-A.-B. 120	99,25	bG	
Öd.-Deichb.-Obl.	4	102,00	B	do. do.	100,75	bG	
Berl. Stadt-Obl.	4	102,10	bz	Schles.-Bod.-Gred. 5	100,00	B	
do. do.	3	93,00	G	do. do.	94,30	B	
Hlln. Stadt-Url.	4	101,40	bz	Stett. Nat.-Hyp. 5	101,25	bG	
Reinprovinz do.	4	101,30	bz	do. do.	98,25	bz G	
Schildo. d. B. Kfm.	4	101,00	G	Kruppsche Oblig. 5	104,00	bz B	
Pfandbriefe:							
Berliner	4	101,50	bz B				
do.	4	106,00	G	Ausländische Rands.			
analog Central	4	95,00	bz G	Amerik. rdg. 1881	105,75	b	
Kur- u. Reußmark.	3	85,75	bz	do. 1885 6	99,90	b G	
do. neue	3	84,30	bz	do. Bds. (fund.) 5	103,30	bz G	
do.	2	95,90	G	Norweg. Uml.			
do. neue	2	102,75	bz	New-Yrk. Std.-U	102,70	bz	
2. Brandbg. Gred.	4			do. Goldanl.	104,40	bz	
Preußische	3	84,00	B	Dest. Gold-Rente 7	61,50	G	
do.	4	95,80	bz	Dest. Pap.-Rente 4	51,60	bz G	
do.	4	101,80	bz	do. Silb.-Rente 4	56,30	bz	
Sommerliche	3	83,81	bz	do. 250 fl. 1854 4	95,50	bB	
do.	2	95,60	bz	do. Cr. 100 fl. 1858 -	297,50	b	
do.	2	101,90	bz	do. Gott.-U. v. 1860 5	101,25	bz	
Preuß. neue, neue	4	94,70	bz G	do. do. v. 1864 -	253,00	bz	
Häfchische	4	97,0	B	Ung. St. Gib.-U. 5	68,60	G	
Altpfälzische	3	84,90	bz	do. Loope -	142,70	bz	
do. alte A. u. C	4	-	G	do. Schätzch. 1. 6	84,50	bz	
do. neue A. u. C	4	-	bz	do. do. Kleine 6	84,75	bz	
Reußkr. Wettiner. 3	4	82,75	G	do. do. II. 5	83,25	bz	
do	4	94,40	bz	Italienische Rente 5	73,0	bz	
do	4	101,41	bz	do. Tabak-Obl. 6	103,60	B	
do. II. Serie	3	106,90	bz	do. do. Actien 6			
do.. neue	4			Rumäniert	8	85,00	bz
do.	4			Finnische Loope	-	39,90	b
Rentenbriefe:				Russ. Centr.-Bod. 5	78,50		
Kur- u. Reußmark.	4	95,40	bz G	do. Engl. U. 1822 5	82,50	bG	
Sommerliche	4	95,40	bz G	do. do. U. v. 1862 5	84,20	bz	
Posensche	4	94,90	bz	Russ. Engl. Uml. 3			
Preußische	4	95,00	bz	Russ. fund. U. 1870 5	88,25	bz	
Klein- u. Westfäl.	4	98,50	bz	Russ. conf. U. 1871 5	84,90	bz G	
Häfchische	2	95,80	G	do. do. 1872 5	84,90	bz	
Schlesische	4	96,00	bz	do. do. 1873 5	85,00	bz	
Houvereigns				do. Bod.-Credit 5	81,40	bz	
Apoloniegold				do. Pr. U. v. 1864 5	149,10	bz	
do. 500 Gr.	20,35	G		do. do. v. 1866 5	149,00	bz	
Dollars	16,24	bz		do. 5. A. Stieg. 5	72,75	G	
Imperialis	-	G		do. 6. do. do. 5	88,25	bz	
do. 500 Gr.	-	G		do. Pol.-Sch.-D. 4	-,00	G	
Zweite Banknot.	1398,-0	bz		do. do. Kleine 4	79,00	bz G	
1. einzödl. Leipzig.	81,50	bz G		Poin. Pfdb. III. E. 5	-	G	
1. einzögl. Banknot.	165,95	bz		do. do.	4		
do. Silbergulden	-	bz		do. Liquidat. 4	64,00	G	
do. 100,-0				Cürl. Uml. v. 1865 5	-	bz	
				do. do. v. 1869 6			
				do. Loope vollgesch. 3	29,90	bB	

***) Wechsel-Gesetze.**

Anfangs vollständigjuristisch. Die vorliegenden Haushalte hatten gestern nicht unweidlich realisiert, so daß auch von dieser Seite kein namhafter Druck ausgeübt wurde. Dagegen schwoll sich ein Theil der Kontremine der steigenden Bewegung an und gedachte nach oben jedoch wieder zu gewinnen, was er auch unten verloren. Auch die Arbitrage trat kauzend auf und die Stimmung erschien außerordentlich günstig. Ruhiger lagen sämtliche Lokalpapiere und gegen bald gehandelte Werthe. Diskonto-Kommandit-Anteile fest, Rheinisch-Westphälische Bahnen, sowie die meisten preußischen Bahnen niedrigeren leichten Devisen stellten sich Kleinheiten höher, besondere Gründe wären für die Steigerung der einzelnen Papiere kaum zu ermitteln; die günstige Stimmung und die hohen pariser Kurse, denen sich auch Wien und Frankfurt anschlossen, genügten, um Kauflust auszufachen und Ab-

entralb.	Bauten	4	15,00	bz	Phönix	B.	4	23,75	G
entralb.	F. Ind. u. h.	4	64,60	bzG	Redenhütte		6	5 90	bz
Sent. Genossensch.	B. fr.	4	95,50	G	Rhein.-Raaff. Bergwerk		4	80,25	B
Hennitzer Bank-B.		4	77,30	G	Rhein.-Westfäl. Ind.		4		
Löbürger Credit-B.		4	68,50	G	Stobwasser Lampen		4	36,50	bz
Cöln. Wechselbank		4	73,50	bz	Union-Eisenwerk		4	5,00	B
Danziger Bank	fr.	4	61,00	G	Unter den Linden		4	18 60	bz
Danziger Privatbank		4	115,00	G	Wätemann Bau-B.	fr.	4	50,50	B
Darmstädter Bank		4	100,00	bz G	W. stend (Duiskorp)	fr.	4	2,00	G
do.	Zettelbank	4	97,00	bz B	Wittener Bergwerk		4	12,00	bz
Desauer Creditbank		4	70,00	G	Wöhret Münchner		4	12,00	G
do.	Landesbank	4	116,25	bG					
Deutsche Bank		4	86,00	bz G					
do.	Genossensch.	4	89,50	G					
do.	Hyp.-Bank	4	92,10	bG					
do.	Reichsbank	4	156,50	bz					
do.	Unionbank	fr.	88,75	G					
Disconto-Gomm.		4	110,50	bz	Eisenbahnen-Glazur-Metallien.				
do.	Prov.-Discont	4	77,80	bz	Sachsen-Märkisch		4	21,00	bz
Erzäuer Bank		4	73,25	G	Altona-Kiel		4	21,75	G
do.	Creditbank	4	53,50	bz	B.-r.-g.-Märkische		4	80,00	bz
Gew. B. o. Schuster		4	4,50	B	Berlin-Inholi		4	104,50	bz G
Gothaer Privatbank		4	87,70	G	Berlin-Dresden		4	23 25	bz
do.	Grundereditibl.	4	102,00	bB	Berlin-Görlitz		4	22,25	bz
Hypothech. (Hübner)		4	113,90	B	Berlin-Hamburg		4	168,25	bz
Königl. Vereinsbank		4	84,40	G	Berliner Nordbahn	fr.			
Leipziger Creditbank		4	110,10	G	Brl. Potsd.-Magdeb.		4	79,20	bz G
do.	Discountobank	4	64,90	B	Berlin-Stettin		4	125,00	bz G
do.	Vereinsbank	4	92,25	G	Bred.-Schm.-Freib.		4	72,50	bz
do.	Wechselbank	4	60,10	G	Cöln-Münden		4	101,50	bz
Magdeb. Privatbank		4	104,50	G	do. Litt. B.		4	—	
Medienb. Bodencredit		4	81,50	G	Halle-Sorau-Guben		4	13,50	bz
do.	Hypoth.-Bank	4	74,50	bz G	Hann.-Alteneben		4	15,90	bz
Meiningen Creditbank		4	70,10	bz G	do. II. Serie		4		
do.	Hypotheleken	4	98,00	bB	Märkisch-Posen		4	19,00	bz
Niederlausitzer Bank		4	15,75	bz	Magdeb.-Halberstadt		4	105,50	bz G
Norddeutsche Bank		4	130,00	G	Magdeburg-Leipz.		4	*	
Nordd. Grundcredit.		4	93,30	bG	do. do. Litt. B.		4		
Oesterr. Credit		4			Münster-Hannew.		4	97,25	G
do.	Deutsche Bank	fr.	93,25	G	Niederschles.-Märkisch		4	96,75	bz
Ostdeutsche Bank		4	89,00	G	Nordhausen-Erfurt		4	25,80	bz
Posenier Spirituation		4	42,25	G	Obe.-schl. Litt. A. u. O.		4	127,50	bz
Peterbb. Discontobank		4	90,00	G	do. Litt. B.		4	119,00	bz
do.	Intern. Bank		90,00	G	do. Litt. E.		4		
Posener Landwirthch.		4	65,00	G	Ostpreuß.-Sädsch.		4	24,00	bz
Posener Prov.-Bank		4	99,00	B	Pomm.-Centralbahn	fr.	4		
Prenz. Bank-Anth.		4			Rechte Ober-Eiserbahn		4	105,40	bz
do.	Boden-Credit	4	97,90	bz G	Rheinische		4	110,20	bz
do.	Centralboden	4	116,50	B	do. Litt. B. o. St. gar.		4	91,75	bz
do.	Hyp. Spielb.	4	123,50	bG	Rhein.-Nahetal		4	12,00	bz
Product.-Handelsbank		4	79,60	bG	Starzard.-Poers		4	101,10	bz
Provinz.-Gewerbebl.		4	39,10	bz	Thüringische		4	124,50	bz G
Rittersp. Privatbank		4	126,75	G	do. Litt. B. o. St. gar.		4	90,70	bz
Sächsische Bank		4	115,00	bG	do. Litt. C. o. St. gar.		4	100,25	bz G
do.	Banverein	fr.	—	G	Weimar-Zeitzer		4	50,90	bz
do.	Creditbank	4	94,75	G					
Schaaffhausi. Bankv.		4	61,50	bG					
Solei. Banverein		4	87,50	B					
Schles. Vereinsbank		4	89,75	bG					
Südd. Bodencredit		4	108,25	bz					
Thüringische Bank		4	70,50	bz					
Vereinsbank Quistorp	fr.	4	1,20	bz					

Vereinsbank Quistorp & Cie.

Industrie-Aktionen.					
Brauerei Pagenhofer	4	—,—	bz	G	
Dannenb. Rattun	4	17,50	bz	G	
Deutsche Gaugei.	4	50,75	G		
Deutsch.Eisenb.-Bau.	4	09,75	bz	G	
Dtsh. Stahl u. Eisen.	4				
Donnersmarckhütte	4	18 50	B		
Dormunder Union	4	6,10	b		
Egell'sche Match. Act.	4	14 00	bz	G	
Erdmannsd. Spinnu.	4	17,75	G		
Flora f. Charlottenb.	4				
Frist u. Rohm. Nähm.	4	30,00	bG		
Gelsenkirch. Bergw.	4	83,75	bz	B	
Georg-Marienhütte	4	62,50	G		
Hibernia u. Sham.	4	30,00	bG		
Immobilien (Berl.)	4	76,50	B		
Kramfsta. Leinen-f.	4	68,10	G		
Kauchhammer	4	24,20	bG		
Kaurahütte	4	67,50	bi	G	
Kuise-Liesbau-Bergw.	4	17,50	G		
Ludgdeburg. Bergw.	4	107,00	bB		
do. Spritfabrik	4	26,00	G		
Marienhütte Bergw.	4	67,60	bz		
Metzener Bergwerk	4	14,50	bz		
Menden u. Schw. B.	4	49,00	G		
Oberhleis. Gj. Bef.	4	27,50	G		
Ostend	4				
Phoenix B.-G. Iat. A.	4	33,00	G		
Gothard-Bahn	5	45,75	G		
Kaschau-Oderberg	5	36,25	bz	G	
Ludwigsb.-Oberbach	5	178 50	B		
Lüttich-Limburg	4	18,75	bz		
Mainz-Ludwigshafen	5	95,75	bz		
Oberhess. v. Gl. gar.	ft.	77,50	bz		
Destr.-Sta. Staatsbahn					
do. Nordwestbahn	5	187,50	bz		
do. Lust. B.	5	65,00	bz		
Reichenb. Pardubitz	4	45,50	bG		
Krone. Rudolfsbahn	5	43,40	bz	G	
Rijsel. Bvz.					
Rumäniater	4	139,00	G		
Russische Sisca-Bahn	5	107,50	bG		
Schweizer Unionbahn	4	8,10	G		
Schweizer Westbahn	4	22 30	bG		
Südösterl. (Boehm.)	4	—,—	bz		
Turna - Prag	4	40,50	bz		
Vorarlberger	5	38,20	bz		
Warschan-Wien	5	182,00	bz	G	

Juni - Juli 57,2-57 M. bez. Br. u. Gd., Juli-August 58,2 M.
57,8 M. Br. u. Gd., per August-September 58,5 M. Br. u. Gd.
Angemeldet: 10,000 Liter Spiritus. — Regulierungspreis für
digungen: Rüböl 73 M., Spiritus 53,6 M. — Petroleum ma-
lo 19,5-19,4-19,25-19,15 M. bez. und Br., alte Ufance — M.
Regulierungspreis 19,15 M. Januar 19,15 M. bz., Februar 19,
M. bz. u. Br.

Heutiger Landmarkt per 1000 Kilo: Weizen 204-216 M. Rog-
192-195 M., Gerste 168-172 M. Hafer 172-175 M. Erbsen 15,
160 M., Kartoffeln 51-57 M., Heu 3-3,75 M. Stroh 51-57
(Ost.-Btg.)

Breslau 31. Januar. Amtlicher Produktenbürgen = Ver-
Kleesaat rothe ruwig, ord. 52-57, mittel 59-65, fein 68-
hochf. 77-80. — Kleesaat weisse matt ord. 52-60, mittel 63-
fein 73-78, hochf. 80-84. — Roggen (per 2000 Pfd. w mif
ändert, Gef. 2000 Etr. — Abgel. Kundigungsfich. — Jan. 151
per Jan.-Februar 150,50 Br., per Febr.-März 150 50 Br., per Mar-
April —, April-Mai 156,50 bez. u. Br. Mai-Juni — Juni-Juli
Weizen 197 Gd., per April-Mai 205 Br., Gef. — Etr. — Ost.
136 Br., per April-Mai 138 Br. u. Gd., per Mai-Juni —
— Etr. — Raps 330 Br., Gef. — Etr. — Rüböl fener, Gefüllt
— Etr. Loko 73 Br., per Januar, per Jan.-Febr. u. per Febr. M.
71 Br., März-April —, April-Mai 71 Br., 70,50 Gd., Mai-Juni
72,00 Br., per Sept.-Oft 68,50 Br. — Spiritus höher, Gef. 40,
Liter, loko 51,30 Br., 50,30 Geld, per Jan. 53 Brief, Jan.-Febr.
52,50 bez. u. Gd., per Februar-März 52,50 Gd., per März-April
per April-Mai 54 Gd., 54,50 Br., per Mai-Juni —, per Juni-Juli
—, per Juli-August —. Bint: Unverändert. (B. u. H.-B.)

Die Börsen-Kommission.

geber zurückhaltend zu machen. Lokale und gegenhaar gehandelspiere lagen stiller, aber fest, leichte Bahnen sowie niedrig stehende Bank- und Industriepapiere gut beachtet; Bergwerke matt. Arbeiterthe in regelmäßigm aber ruhigem Verkehr; deutsche Anleihe bezweite besser, österreichische und russische Prioritäten mehrfach bezahlt. Baluta fest. In der zweiten Stunde trat auf dem internationalen Markt eine kleine Abschwächung hervor; doch gab es Kurse nur unwesentlich nach. Per Februar notiren wir Frank 398—400—297,50 Lombarden 128—132—2,50, Kreditaktien 244—8 Laurahütte 67,50—7—7,75—67,50, Diskonto Romantit-Antheite 11—110,90—110 Friedrichshain und Hibernia gewannen je 1, Gelsenkirchen verlor $1\frac{1}{4}$, Bonifacius $1\frac{1}{2}$. Schluß matter. Kreisobligation 5proz. 101,50 B., $4\frac{1}{2}$ proz. 98,60 bez., 4 proz. 93,40 bez.

Grefelds- & Kemper.	2	26,50	G	Der Oeffentl. Cr.	10	5
Gerg.-Planen	3	33,05	bG	do.	0	4
Halle-Sorat-Guben	5	36,00	G	do.	D	4
Hannover-Altenberl.	5			do.	E	3
do.	II.	Seite		do.	F	4
Leipzg.-Gotha.-W.M.	5			do.	G	4
Märkisch-Posen	5	70,25	G	do.	H	4
Magdeburg-Halberst. B.	3	70,50	G	do.	v. 1869	5
do.	do	O.	96,70	G	v. 1873	4
Münster-Enschede	5			Oberösterreich.	v. 1874	4
Nordhausen-Tekut	5	35,00	G	do.	Brieg.-Reitze	4
Oberlausitzer		32,25	G	do.	Cos.-Oderb.	4
Ostpreuß. Südbahn	5	74,	bG	do.	do.	5
Rechte-Oderseer-Bahn	5	109,40	bz	do.	Niedsch. Zweigb.	3
Heimische	4			do.	Starg. Pos.	4
Rumänische	3	59,25	bz	do.	do.	II.
Saalbahn	5	25,50	G	do.	do.	4
Saal-Unstrutbahn	5	—	bzG	Ostpreuß. Südbahn	5	
Lüslit.-Insterburg	5	64,50	G	do.	Litt. B.	5
Weimar-Geraer	5	21,50	bB	do.	Litt. C.	5
Eisenbahn - Privatitäts-				Rechte-Oder-Ufer	5	
Obligationen.				Heimische	4	
				do.	v. St. gar.	3
				do.	von 1858	60
						99,50

Obligationen.

Rach.-Märkische	4	—, — bz	G	do.	von 1862,	64	4	99,50	G	
do.	do.	II.	5	—, —	G	do.	v. 1865	4	100,—	G
do.	do.	III.	5	104,00	B	do.	1869, 71, 73	5	103,50	G
Berg.-Märkische	1	4	—, —	G	do.	v. 1874	5	103,50	G	
do.		II.	4	—, —	G	Ah.-Nahe.	v. St. 9	4	102,00	bz
do.	III.	v.	G	85,00	G	do.	II.	do.	102,00	bz
do.	do.	Litt.	B.	85,00	G	Schlesw.-Holstein.		4	99,30	G
do.	do.	Litt.	C.	77	25 bz	Thüringer		4	96	G
do.		IV.	4	98,50	G	do.		4	101,—	bz
do.		V.	4	98,40	bz	do.		4	101,—	G
do.		VI.	4	98,50	B	do.		4	101,—	G
do.		VII.	5	102,80	bz	do.		4	101	G
Kuchen-Düsseldorf	1	4	—	G	do.		4	101	G	

Ausländische Prioritäten

Eisabeth.-Lippebahn	5	64,50	b	
Sal. Karl.-Ludwig.	1. 5	84 20	bj	
do.	do.	11. 5	82 00	b
do.	do.	III 5	79,60	b
do.	do.	IV 5	78,60	G
Lemberg.-Czernow.	I 5	63 50	b	
do.	II 5	64 70	b	
do.	III 5	56,90	b	
do.	IV 5	50,50	G	
Mähr.-Sächsl. Erzb.	fr.	14,60	G	
Weinig.-Ludwigshafen	5	—	—	
do.	do	4 1/2	—	
Desterr.-Franz. Sist.	5	315,90	b	
do.	Ergränzungsb.	3	60,00	G
Desterr.-Franz. Sist.	5	93,50	b	
do.	II. Cm.	93 20	b	
Desterr. Nordwestb.	5	74,30	b	
Dest. Nordwfb. Litt.B.	5	59,40	b	
do.	Goldpriorität	5	—	
Kronpr. Rud.-Bahn	5	63,90	b	
do.	do.	1869 5	60,30	b
do.	do.	1872 5	60 00	b
Rab.-Graj.Pzr.-A.	4	67,10	G	
Reichenb.-Pardubitz.	5	64,00	bj	
Südösterr. (Somb.)	3	232 50	b	
do.	do.	neue 3	34 00	b

do.	do.	1875	6
do.	do.	1876	6

			1876	6		
do.	do.	1877	6		-,00	G
do.	do.	1878	6		-,00	G
do.	do.	Dflig.			77,25	bj
Baltische, gar.		5	79,50			G
Breft.-Grajewo		5	57,00			
Charlom.-Ujow, g.		5	86,75			bj
do. in Estir. a 20,40		5	80,75			bj
Charlom.-Krementisch		5	85,75			bj
Telegz.-Drel, gar.		5	86,75			bj
Telegz.-Woron., gar.		5	—,00			
Koslow.-Woron.		5	88,75			bj
Koslow.-Woron.-Obl.		5	75,90			be
Kurst.-Charl. gar.		5	87,00			B
R.-Charl.-Us. (Obl.)		5	76,50			
Kurst.-Kiew, gar.		5	91,25			bj
Lojewo.-Sewast.		5	76,00			B
Nosen.-Rjasan, g.		5	97,90			bj
Mosk.-Smolensk		5	88,40			bj
Schujia.-Iwanowo		5	86,50			bj
Barshau.-Lereby.		5	87,10			
do.	kleine	5	88,90			B
Barshau.-Wien	ll.	5	95,50			G
do.	III	5	91,90			bj
do.	IV	5	85,50			
Zarebski.-Bels		5	77,25			bj